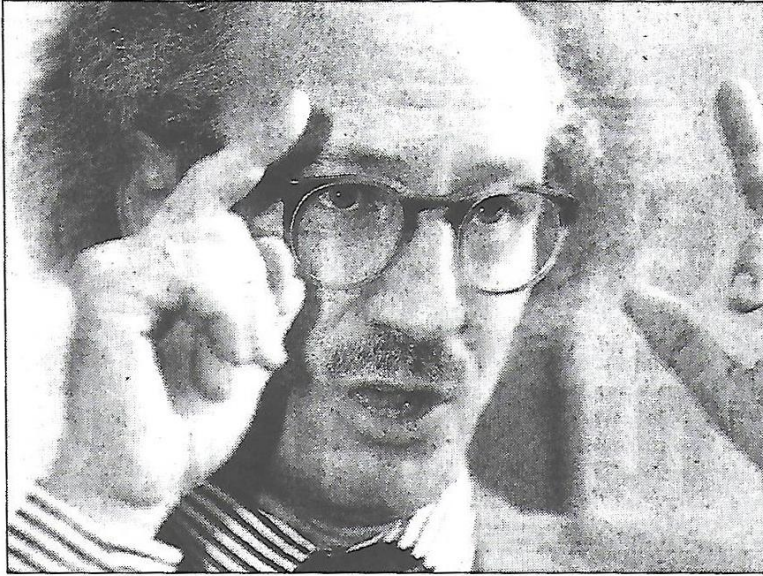


Beamtenpensionen:



„Man kann nicht nur Politik für Bauern oder Beamte machen“: Marin

VOTAVA

■ **Forderung.** Vizekanzlerin sorgt mit Kritik an Beamtenpensionen für Unmut.

■ CARINA KERSCHBAUMER

Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer bleibt dabei. Die Pensionen der Beamten sollen noch in dieser Legislaturperiode an das allgemeine ASVG-Versicherungssystem angepasst werden. Wie die Anpassung im Detail vor sich gehen soll, ist allerdings offen. Für Beamtenengewerkschaftschef Fritz Neugebauer ist klar: Eine Kürzung der Pensionen könne nur erfolgen, wenn gleichzeitig die Aktivgehälter angehoben werden. Grundforderung Neu-

MITTWOCH
5. JUNI 2002

POLITIK

Experte schlägt Alarm

■ **Sozialexperte warnt:** Überzahlungen der Pensionen sind nicht aufrecht zu halten.

gebauers an die Adresse von Riess-Passer: Die derzeitige Lebensverdienstsumme muss erhalten bleiben.

Unterstützung erhält Riess-Passer nun vom Leiter des Europäischen Zentrums, Bernd Marin. „Entscheidend kann nicht die derzeitige Lebensverdienstsumme der Beamten sein, entscheidend ist der Vergleich mit der Privatwirtschaft. Wenn die öffentlich Bediensteten bei gleicher Qualifikation eine höhere Lebensverdienstsumme aufweisen, dann kann das nicht in alle Ewigkeit festgeschrieben werden“, verweist Ma-

rin auf Untersuchungen Mitte der 90er-Jahre, als Beamte bei der Lebensverdienstsumme jene in der Privatwirtschaft überholten.

Durchaus nachvollziehbar für Marin ist aber die Forderung nach einer Erhöhung der Aktivgehälter von Beamten. Unter der Voraussetzung, dass die Lebensverdienstsumme jene in der Privatwirtschaft nicht übersteigt: „Natürlich sind beispielsweise Lehrer am Anfang zu niedrig bezahlt. Man müsste den Beamten faire Einstiegsgehälter geben.“ Fazit des Sozialexperten: „Das wirkliche Problem ist doch, dass der durchschnittliche Pensionsbezug eines Lehrers 20, 30 Prozent über dem durchschnittli-

chen Aktivbezug liegt. Man wird die Überzahlungen bei den Ruhegehältern sicher nicht aufrecht erhalten können.“

Die politische Umsetzbarkeit einer Angleichung will Marin zwar nicht bewerten, er warnt aber vor einer

„Klientelpolitik“: „Es versteht niemand, dass bei grobschneidigen Beiträgen der eine fünf Millionen Pension, der andere acht Millionen bekommt. Man kann in einer modernen Demokratie ja nicht nur Politik für Landwirte

oder Beamte machen.“ Das Einsparvolumen bei einer Angleichung an das ASVG-System schätzt Marin mittelfristig auf rund drei Milliarden Euro im Jahr.

Beamte sollten faire Einstiegsgehälter bekommen. Sie sind am Anfang zu niedrig bezahlt.

Univ-Prof. BERND MARIN